



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Weiß, J. G.: Ein Reichsmonopol auf Getreide-Einfuhr.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Wir hatten zahlreichen Besuch von fremdländischen Offizieren. Es war auffallend, daß unter diesen allen, die Herren Chinesen einbegriffen, deutsch gesprochen wurde. Bloß die beiden Franzosen sprachen — wahrscheinlich aus Patriotismus — nur französisch. Sie hielten sich von den übrigen Herren abseits und gingen ihre eignen Wege. Es wird versichert, daß sie sich um alles bekümmert und großen Eifer entwickelt haben. Einer meiner Bekannten hat auch gehört, daß sie auf dem Manöverfelde grandes fautes konstatirten. Übrigens wurden sie in ihren schlichten Uniformen meist nicht erkannt, während die österreichischen Kavallerieoffiziere mit ihren roten Hosen und ihren treuherzigen österreichischen Gesichtern unabsichtlich die Rolle der Franzosen spielen mußten.

Es war unverkennbar ein ernsterer Ton als sonst in den diesjährigen Herbstmanövern vorhanden. Es war nicht unbekannt geblieben, daß man in Rußland wegen der Truppenansammlungen an der Westgrenze angefragt und keine befriedigende Antwort erhalten hatte. Seitdem ist die Lage nicht behaglicher geworden. Was wird bis zur Manöverzeit des nächsten Jahres geschehen sein? Sollte das schöne Schauspiel auf den thüringer Vorbergen die Probe für ein blutiges Drama bedeuten?

f. 21.



Ein Reichsmonopol auf Getreide-Einfuhr.

Von J. G. Weiß.



rfahrungen der letzten Jahre haben bereits gezeigt, daß gegenüber den kolossalen Mengen importirter ausländischer Körnerfrüchte, sowie gegenüber den niedrigen Preisen derselben der im Jahre 1879 eingeführte Schutzzoll fast machtlos ist*) und daß die deutsche Getreideproduktion in die Lage geraten muß, erdrückt zu werden, wenn nicht tiefer einschneidende staatliche Maßregeln zu ihrem Schutz und ihrer

*) Als Beleg für diese Behauptung mag folgendes dienen. Wenn wir für Norddeutschland die Berliner, für Süddeutschland die Mannheimer Notirungen als ungefähr maßgebend annehmen, so stellt sich für das Jahr 1881 der Durchschnittspreis für 1000 Kilogr. der verschiedenen Getreidearten wie folgt:

	Weizen	Roggen	Gerste	Hafer
Mannheim	249,83	212,63	194,28	157,87
Berlin	223,67	172,79	170,94	141,95
Gesamtdurchschnitt	236,75	192,71	182,61	149,91.

Daß diese Preise auf dem platten Lande nicht bezahlt wurden, sondern daß der Bauer sich mit weit geringern Preisen begnügen mußte, wird jedermann zugeben. Nun stellen sich

Grenzboten IV. 1883.

29

Hebung eintreten. Der Verfasser dieser Zeilen ist weit entfernt, die Schattenseiten solcher Maßregeln zu verkennen; er hat vielmehr als Verfasser des Jahresberichts der Thorner Handelskammer für 1879 Anlaß genommen, die Nachteile, welche der bisher blühende Getreidegroßhandel der an den Einfuhrwegen ausländischen Getreides gelegenen Städte schon durch den Einfuhrzoll voraussichtlich erleiden mußte, scharf genug zu kennzeichnen; ja er hat sogar — mit bäuerlichen Verhältnissen damals wenig bekannt und denselben deshalb nicht genug Rechnung tragend — geglaubt, gegen jede Beeinträchtigung des Getreide-Importhandels sich aussprechen zu müssen, zumal da bekanntlich die gegenwärtige inländische Getreideproduktion selbst in den besten Jahren den Bedarf der Bevölkerung des Reichs nicht deckt, und somit unter den gegebenen Verhältnissen eine mehr oder minder große Einfuhr als unerläßlich erscheinen muß. Umso mehr glaubt er aber auch, daß noch viele, gleich ihm, zu einer andern Überzeugung gelangen würden, wenn sie Gelegenheit fänden, von den schlechten Verhältnissen, unter welchen die Landwirtschaft laborirt, sich durch eigne Anschauung zu überzeugen und dadurch in die Lage versetzt würden, die einander entgegenstehenden Interessen sorgfältig abzuwägen und zu entscheiden, wem hier die meiste Berücksichtigung gebührt: dem Handel oder der Landwirtschaft.

Durch Worte allein freilich wird wohl keiner bekehrt werden, der an der Notlage der Landwirtschaft zweifelt, und es mag deshalb davon abgesehen werden, hier all den gerechtfertigten Klagen ein Echo zu geben, welche von Vertretern der Landwirtschaft in öffentlichen Blättern wie in den Volksvertretungen erhoben worden sind. Nur sei es gestattet, hier in Kürze auf die Verhältnisse hinzuweisen, welche sich wenigstens in Südwestdeutschland aus der bestehenden Lage im letzten Jahre ergeben haben.

Die Ernte des Jahres 1882 war — soweit nicht einzelne Gegenden von Hagelschlag und ähnlichen schweren Elementarereignissen heimgesucht wurden — wenigstens quantitativ recht gut. Unsre Getreideproduzenten durften hoffen, bei normalen Preisen nach etlichen mehr oder minder ungünstigen Jahren wieder einmal eine leidliche Einnahme verzeichnen zu können. Aber sie warteten vergeblich auf Käufer; nicht einmal zu schlechten Preisen konnten sie sich ihrer Produkte entledigen, so sehr sie auch durch dringende Verpflichtungen (rückständige Steuern und Umlagen) genötigt wurden, sich eifrig

die Produktionskosten für 1000 Kilogr. Getreide bei einem Ertrage von 8—10 Zentnern auf den Morgen je nach den besondern Umständen auf 150—200 Mark. Was also dem Produzenten jährlich für ein Reingewinn bleibt, zumal wenn man bedenkt, daß die Preise des Jahres 1881 noch keineswegs zu den ungünstigsten gehören, ist leicht zu ermessen. Unter diesen Verhältnissen wird nur der Besitzer sehr ausgedehnter Güter in der Lage sein, die Kosten seines Lebensunterhaltes bestreiten zu können; allenfalls auch noch der Kleinbauer, der mit seiner Familie den größten Teil der auf seinen Produkten haftenden Arbeitslöhne selbst verdient; aber der bäuerliche Mittelstand wird und muß zu Grunde gehen.

nach Absatzgelegenheiten umzusehen. Der Grund war leicht ersichtlich. Es hatte eben ein Import stattgefunden, der zum wirklichen Bedarfe in gar keinem Verhältnisse stand. Die Bauern hatten nun allerdings den schlechten Trost, daß die Importeure in ihre eigne Grube mit hineingefallen waren, aber die Lage war dadurch um nichts gebessert, und die Bauern mußten bis tief in den Winter, ja teilweise bis in den Frühling hinein warten, ehe sie zu erbärmlichen Preisen*) ihre Produkte absetzen konnten, und das alles ungeachtet des Umstandes, daß die Aussichten auf die 1883er Winterfrucht sich bereits ungünstig gestalteten, indem durch anhaltende Nässe an vielen Orten die Aussaat verdarb.

Der im allgemeinen gute Sommer des laufenden Jahres hat nun inzwischen die Sachlage gebessert; man darf wohl sagen, daß die 1883er Ernte nicht eben schlecht ausgefallen sei. Aber die Hoffnungen, welche der Produzent hieran knüpft, sind gering, denn er wird unter den bestehenden Verhältnissen seine guten, vielleicht vorzüglichen Körnerfrüchte trotz geringer Menge zu so niedrigen Preisen verkaufen müssen, als ob die Qualität mittelmäßig oder die Ernte in Bezug auf Menge unermesslich reich ausgefallen wäre.

Daß wenige Jahre wie das geschilderte Jahr 1882 genügen werden, um in den meisten Fällen das umlaufende Betriebskapital des Landwirtes aufzuzehren, liegt auf der Hand. Es bleibt dann nur die Beschaffung von Geld durch Veräußerung von Vieh oder Gütern, oder die Aufnahme von fremden Kapitalien. Wohin beide Wege führen, braucht auch nicht weiter erörtert zu werden.

Wie schon gesagt, soll eine förmliche Darlegung der landwirtschaftlichen Mißstände im Rahmen dieses Artikels nicht gegeben werden. Es ist von niemandem zu verlangen, daß er auf Treu und Glauben hinnehme, was hier von einem, der ja möglicherweise pro domo schreiben und deshalb übertreiben könnte, vorgetragen wird. Wer sich die Mühe geben will, den angedeuteten Verhältnissen selbst näherzutreten, wird finden, daß wir keineswegs zu schwarz sehen, sondern daß die Lage der Dinge thatsächlich gerade schlecht genug ist, um schleunige Abhilfe zu erfordern.

Auf welche Art könnte nun solche Abhilfe bewerkstelligt werden?

Zunächst möchte man sich versucht fühlen, wie dies die Vertreter des Handels gern thun, der deutschen Landwirtschaft den Rat zu geben, sich in dem Maße, in welchem der Körnerbau weniger lohnend wird, von demselben abzuwenden und sich mehr auf den Bau von Handelsgewächsen zu legen. Hat man doch Beispiele, daß Gegenden, die sich beim Bau von Körnerfrüchten keineswegs glänzend stellten, durch Einführung der Tabak-, Hopfen- oder Rübenkultur

*) Mannheimer Notirungen vom 1. Februar 1883: Weizen (einheimischer) für 1000 Agr. 190—195, Roggen 155—160, Gerste 150—160, Hafer 130—140. Also Preise, welche für manchen Produzenten die Produktionskosten nicht deckten! Noch ein Beispiel: Berliner Notirungen vom 25. November 1882: Weizen 145—205, Roggen 125—145, Hafer 118—155.

große Vorteile erreichten. Aber ein solcher Rat müßte schweren Bedenken unterliegen. Man könnte doch nur die Absicht im Auge haben, durch Verkauf der überschüssigen Handelsgewächse an das Ausland die Summen zurückzuerhalten, welche alljährlich durch den Ankauf von Getreide dem Auslande zuwandern. Nun hat aber auf dem Weltmarkte die Nachfrage nach den sogenannten Handelsgewächsen ihre natürlichen Grenzen, und man kann nicht eben sagen, daß das Angebot unter den heutigen Verhältnissen dieser Nachfrage nicht genügte. Würden etwa zwei Dritteile*) des bisher dem Körnerbau gewidmeten Landes in Deutschland dem Bau von Handelsgewächsen zugewendet, so würde hierdurch das Angebot solcher Erzeugnisse auf dem Weltmarkte schon um ein beträchtliches steigen. Die Preise müßten weichen, und Deutschland wäre mit seinen Handelsgewächsen wieder in derselben Lage wie jetzt mit seinem Getreide, d. h. es könnte bei den niedrigen Preisen nicht bestehen, weil es teurer produziert als die meisten Länder des Auslandes. Schon hieraus geht hervor, daß das Aufgeben der Getreideproduktion zu Gunsten des Baues von Handelsgewächsen, so lohnend es für den einzelnen, ja selbst für einzelne Gegenden sein mag, als eine ganz verfehlte Spekulation betrachtet werden müßte, wenn es für ganz Deutschland zur Durchführung kommen sollte. Aber auch politische Bedenken fallen ins Gewicht. Ein Land darf sich nur dann allenfalls außer stand setzen, die zur eignen Ernährung notwendigen Früchte wenigstens zum größten Teil auch auf eigenem Boden zu produziren, wenn es ausgedehnte Kolonien besitzt, aus denen es jederzeit der nötigen Zufuhr gewiß sein darf, sowie eine ungeheure Seemacht, die unter allen Umständen in der Lage ist, den Verkehr mit den Kolonien zu sichern. England konnte seinerzeit dem Kontinentalsystem zur Not trogen, und Napoleon mußte sich in den Hoffnungen, die er auf sein Dekret vom 21. November 1806 setzte, getäuscht sehen. Deutschland würde sich unter ähnlichen Umständen, sofern es auf Zufuhr von außen angewiesen wäre, in schwierigerer Lage befinden, und wenn auch nicht bezweifelt werden soll, daß es sich schließlich noch Rat schaffen würde, so dürfen doch die Gefahren eines solchen Falles nicht zu niedrig angeschlagen werden, sondern wir müssen uns vielmehr der Ansicht zuneigen, daß das Abgehen vom Getreidebau, auch vom politischen Standpunkte aus, sich für Deutschland als ein nationales Unglück darstellen würde.

Wenn nun eine wesentliche Verminderung der inländischen Körnerproduktion als höchst verwerflich erscheinen muß, so wird man alle erlaubten Mittel aufbieten müssen, um die deutsche Landwirtschaft vom Verlassen des Getreidebaues abzuhalten, was eben nur durch eine thatkräftige Förderung des letzteren geschehen kann. Die Versuche, welche man in dieser Richtung durch Einführung unsrer gegenwärtigen Getreidezölle gemacht hat, haben sich bisher nicht bewährt.

*) Es wird hier angenommen, daß der inländische Landwirt wenigstens seinen Hausbedarf an Getreide immer noch selbst bauen würde.

Warum wohl? Die einen meinen, der Zoll sei lediglich zu niedrig, die andern halten das Mittel überhaupt für verfehlt.

Werfen wir deshalb zunächst — so oft auch diese Angelegenheit schon erörtert worden sein mag — einen kurzen Blick auf die Frage, ob künstliche Mittel zum Schutze der inländischen Produktion überhaupt als zulässig zu erachten sind. Die Vertreter des Freihandels sagen uns, aus dem freien Spiele der Kräfte müsse sich die richtige Gestaltung der Dinge von selbst ergeben. Hiergegen läßt sich auch gar nichts einwenden. Es ist nicht zu leugnen, daß beim unbeeinflussten Walten der einander widerstrebenden Kräfte sich derjenige Zustand ergeben muß, der den Naturgesetzen am meisten entspricht. Auf unsern konkreten Fall angewendet, heißt das aber einfach, daß unter den Ländern der Erde ein jedes wirtschaftlich denjenigen Rang einnehmen muß, zu welchem es vermöge seiner natürlichen Hilfsmittel berechtigt ist, daß also Deutschland mit seinem ausgefogenen Ackerlande u. s. w. zurückstehen muß hinter Nordamerika und vielen andern Ländern, die auf fast jungfräulichem Boden die reichsten Ernten unter unglaublich geringem Aufwande zu produziren vermögen. Wohl wird sich auch hier mit der Zeit wieder ein Ausgleich vollziehen, indem die Länder, welche heute so billig produziren, bei dem Raubbau, den sie treiben, nicht imstande sein werden, die Fülle ihrer Produktionsfähigkeit nachhaltig zu bewahren. Aber es liegt auf der Hand, daß es lächerlich sein würde, diesen Ausgleich abwarten zu wollen. Wer sonach nicht wünscht, Deutschland auf der niedrigen wirtschaftlichen Rangstufe zu sehen, welche seinen relativ geringen natürlichen Hilfsmitteln entsprechen würde, muß künstliche Mittel zur Erhaltung der wirtschaftlichen Selbständigkeit und zur Hebung des Nationalwohlstandes im Prinzip gutheißen.

Nehmen wir nun als erwiesen an, daß die deutsche Getreideproduktion einer künstlichen Aufhilfe bedürftig sei, wozu die bisherigen Zölle als unzureichend erscheinen, und gleicherweise, daß weitere Mittel zu diesem Zwecke sich rechtfertigen lassen, so bleibt noch zu erörtern, ob eine günstigere Wirkung von einer mehr oder minder großen Erhöhung des Zolles zu erwarten sein würde, oder ob es nicht vielleicht zweckmäßig sein würde, anderweitige Schutzmaßregeln ins Auge zu fassen.

Sedenfalls ist nicht zu bezweifeln, daß eine bedeutende Erhöhung der Getreidezölle die unnatürlich gesteigerte Einfuhr vorerst lahmlegen würde, was eine Erhöhung der Getreidepreise im Gefolge haben müßte. Die Nachhaltigkeit dieser Wirkung wird indessen von den Gegnern der Zölle bestritten. Man behauptet, die inländischen Getreidepreise würden in einem solchen Falle rasch zu einer Höhe emporgetrieben werden, welche das ausländische Getreide, ungeachtet des Zolles, wieder konkurrenzfähig machen würde; dadurch würde aber das alte Sachverhältnis wiederhergestellt werden. Letzteres ist nun durchaus nicht einleuchtend. Es ist keineswegs gleichgiltig, ob der inländische Produzent nur bei hohen oder auch bei niedrigen Preisen sich mit der ausländischen Konkurrenz zu

messen hat. Ist der Zoll hoch genug bemessen, so wird der deutsche Landwirt in der Lage sein, seine Produkte mit Nutzen abzusetzen, ehe die Preise eine Höhe erreicht haben, bei welcher sich das ausländische Getreide auf den Markt wagen darf. Hält er aus falscher Berechnung zu lange zurück und wartet, bis ihm die Konkurrenz auf den Hals kommt, so ist das seine Sache; er wird die Schuld an etwaigem Schaden sich selbst zuzuschreiben haben.

Soweit also könnte eine Zollerhöhung von wesentlichem Vorteil sein. Nun ist aber nur zu befürchten, daß die Importeure, wenn sie ihre Zeit gekommen glauben, sich über Bedarf mit Vorräten versehen werden, und daß sie häufig große Bestände, für die kein Absatz zu finden ist, in das folgende Jahr mit hinübernehmen werden, zu ihrem eignen Nachteil zwar, aber auch zum Nachteil der inländischen Produzenten. Nicht minder ist es möglich, daß das Ausland, wenn es großen Überfluß besitzt, billigere Preise stellen wird, um sich den deutschen Markt zu erhalten, wodurch dann die Wirkungen des Zolls wenigstens teilweise aufgehoben werden würden. Endlich ist es wohl denkbar, daß der inländische Konsument, in Erwartung des Eintritts derartiger Verhältnisse, seine Einkäufe so lange als möglich verschieben wird, was die Wirkung haben könnte, daß es bis tief in den Winter hinein dauert, ehe Leben in das Getreidegeschäft hineinkommt. *)

Es sind dies Schattenseiten des Getreidezolles, welchen nur dann wirksam begegnet werden könnte, wenn der Zoll in solcher Höhe festgesetzt würde, daß er einem Einfuhrverbot gleichkäme. Ein solches Radikalmittel wird aber niemand befürworten wollen, einfach schon deshalb nicht, weil die inländische Produktion zur Zeit nicht hinreicht, den Bedarf zu decken. Aber selbst dann würde das Mittel als verwerflich zu betrachten sein, wenn die inländische Produktion sich rasch so weit heben würde, daß diese Rücksicht wegfiel. Denn man muß ja immer auf Mißernten gefaßt sein, die eine mehr oder minder große Einfuhr selbst da nötig machen könnten, wo in normalen Jahren die Produktion die Konsumtion weit überragt.

Viel besser könnte die Hebung der heimischen Getreideproduktion und möglicherweise die Förderung derselben bis zur Fähigkeit der Lieferung des gesamten Bedarfs bewerkstelligt werden durch ein andres Schutzmittel, das je nach den augenblicklichen Verhältnissen mehr oder minder stark eingreifend, seine Wirkungen bald zu Gunsten der Produzenten, bald zu Gunsten der Konsumenten äußern könnte. Dies Mittel wäre ein Reichsmonopol auf die Getreide-einfuhr.

Vielleicht wird es gut sein, hier nochmals zu wiederholen, was wir schon eingangs sagten: daß die Nachteile, die dem Importhandel aus den Maßregeln

*) Dieser letztere Umstand fällt namentlich für die südwestdeutschen Kleinbäuerlichen Verhältnisse schwer ins Gewicht, da der Kleinbauer tausend Gründe hat, vor Eintritt des Winters sich Geld ins Haus zu wünschen.

erwachsen müssen, welche zum Schutze der Landwirtschaft erforderlich sind, keineswegs in Abrede gestellt werden sollen, daß sie aber in den Hintergrund treten müssen gegenüber den Vorteilen, welche für die allgemeine Wohlfahrt aus einer Hebung der Landwirtschaft sich ergeben würden. Durch Einführung des Monopols würde nun allerdings der Getreide-Import durch Private nicht nur beeinträchtigt, sondern überhaupt verhindert werden. Wollten aber die Interessenten sich hierüber beklagen, so dürfte man ihnenfügig erwiedern, sie könnten sich ja einer andern Handelsbranche zuwenden, und das mindestens mit demselben Recht, mit welchem man heute der Landwirtschaft zumuten will, den Körnerbau zu verlassen und sich auf den Bau andrer Gewächse zu werfen.

Was nun das Monopol selbst anlangt, so soll unser Aufsatz keineswegs nähere Vorschläge bezüglich der Einführung und Handhabung desselben geben, sondern er soll nur die Gründe entwickeln, welche, wenn die deutsche Landwirtschaft nicht völlig verkommen soll, notwendig an allen andern Hilfsmitteln vorbei zum Einfuhrmonopol treiben müssen. Immerhin wird es aber am Plage sein, hier einige kurze Andeutungen darüber zu geben, wie wir uns das Monopol etwa denken.

Durch Reichsgesetz würde lediglich zu bestimmen sein:

Die Getreide- und Mehleinfuhr durch Private ist verboten. Der Reichsregierung steht es zu, nach Maßgabe des Bedarfes für die inländische Konsumtion Getreide aus dem Auslande einzuführen und in jeder ihr geeignet erscheinenden Weise im Inlande abzugeben. Der Transitverkehr wird von diesen Bestimmungen nicht berührt.

Weiter würde an Stelle der §§ 73 und 74 der Gewerbeordnung zu setzen sein:

§ 73. Die Bäcker und Verkäufer von Backwaaren haben die Preise und das Gewicht ihrer verschiedenen Backwaaren je für die laufende Woche durch einen von außen sichtbaren Anschlag am Verkaufsorte zur Kenntniß des Publikums zu bringen. Bei Bestimmung ihrer Preise haben sich dieselben jedoch nach einer ihnen von den Behörden nach Billigkeit und mit Rücksicht auf die laufenden Getreidepreise vorgeschriebenen Maximaltaxe zu richten. Die Bezeichnung derjenigen Behörden, welche je für ihren Wirkungskreis diese Taxe festzusetzen haben, hat in den einzelnen Bundesstaaten auf dem Verordnungswege zu geschehen. Die Ortspolizeibehörden haben den Verkäufern durch Aufdrücken des polizeilichen Stempels auf die Preislisten kostenfrei zu bestätigen, daß die angesetzten Preise die Maximaltaxe nicht übersteigen.

§ 74. Die Bäcker und Verkäufer von Backwaaren haben im Verkaufsorte eine Wage mit den erforderlichen geachteten Gewichten aufzustellen und die Benutzung derselben zum Nachwiegen der verkauften Backwaaren zu gestatten.

Soweit wäre alles ganz einfach. Die schwierigere Frage wäre nur, in welcher Weise der Vollzug zu bewerkstelligen wäre.

Was zunächst die Durchführung des Verbotes der Getreideeinfuhr durch Private anlangt, so würden unsre bestehenden Einrichtungen vollkommen ge-

nügen, und es würde das Personal unsrer Zollbehörden auch nicht um einen Mann vermehrt zu werden brauchen. Anders steht es mit dem Ankauf und der Verwertung, wofür besondere Einrichtungen geschaffen werden müßten. Übrigens ließe sich auch hier eine ziemlich einfache Form finden, indem man eine Zentralstelle für die Geschäftsführung schüfe, die es wiederum in der Hand hätte, kautionsfähige, selbständige, gegen einen Gewinnanteil arbeitende Agenten an geeigneten Orten aufzustellen. Außerdem würde nur noch bei jedem Depot ein Verwalter nebst einem Magazinaufseher nötig sein. Sehr wünschenswert wäre es endlich, daß nicht nur in größern Handelsstädten, sondern auch an geeigneten Orten auf dem Lande bestimmte Getreidemarkttage festgesetzt würden, zu denen sich Produzenten und Konsumenten, der betreffenden Gegend und gleicherweise auch die obengenannten Agenten einfinden könnten.

Bei so beschaffenen Einrichtungen dürfte sich dann der Gang der Dinge etwa gestalten, wie folgt.

Schon vor Einbringung der inländischen Ernte würde die Zentralstelle auf Grund vorläufiger Ernteberichte den ungefähren Bedarf an ausländischem Getreide zu ermitteln suchen, um darnach ihre Ankäufe im Auslande einzurichten. Die Irrtümer, die sich hierbei allerdings ergeben müßten, würden nicht von großem Belang sein, da sie sich jedenfalls nur auf einen relativ kleinen Prozentsatz des Gesamtbedarfes erstrecken würden und nachträglich leicht regulirt werden könnten. Im übrigen hätte die Zentralstelle sich beim Ankauf lediglich nach soliden geschäftlichen Prinzipien zu richten, über welche hier kein Wort zu verlieren ist.

Die Einfuhr selbst könnte aus Billigkeitsrücksichten auf denselben Wegen erfolgen, auf welchen sie sich bisher bewegte; denn in den Handelsstädten, die sich mit dem Getreide-Import befassen, finden sich viele Magazinbesitzer, Magazin-arbeiter u. s. w., welche die bisher aus dem Getreideverkehr gezogenen Vorteile einbüßen müßten, wenn der Import andre Wege nähme.

Das Getreide könnte sodann ja am ersten Ankunftsorte lagern bis nach geschehenem Verkauf, wonach die verkauften Quantitäten von den Ankunftsorten direkt nach den endgiltigen Bestimmungsorten versandt werden könnten.

Zunächst könnte aus dem Import der Bedarf des Reichsheeres und der Marine zum Einfuhrpreise entnommen werden, woraus sich eine bedeutende Ersparnis für die Militärverwaltung ergeben müßte.

Zum Verkaufe des Restes (noch etwa neun Zehntel der importirten Menge) würden die einzelnen Agenten mit Mustern aus dem nächstliegenden Depot, sowie mit einem Minimalpreisanfatz versehen werden, der je nach Bedürfnis geändert werden könnte, und über dem sie ohne besondere Genehmigung verkaufen dürften. Zur Vereinfachung des Geschäftes könnten ja für größere Bezirke Hauptagenten bestehen, die die Bestellungen der Einzelagenten sammeln und dieselben zur Ausfuhrung an die Depots einreichen würden. Die Zentralstelle würde durch die

Hauptagenten von den geschenehen Verkäufen, durch die Depotverwaltungen von der Ausföhrung der Lieferungen benachrichtigt werden. Die Verkäufe würden nur gegen Baarzahlung erfolgen. Den Agenten würde der Geldeinzug obliegen, und sie würden der Zentralstelle für die richtige Einlieferung der Gelder haften, gleich als ob sie Selbstkäufer wären.

Die Befürchtung, daß etwa gewissenlose Spekulantē die importirten Vorräte aufkaufen könnten, in der Hoffnung, durch zeitweiliges Zurückhalten den Preis bedeutend steigern und dann bei dergestalt erhöhten Preisen verkaufen zu können, dürfte wohl grundlos sein; denn durch eine solche Manipulation würde lediglich der inländische Produzent in die Lage kommen, seine Vorräte rasch und vorteilhaft zu verwerten, den Spekulantē aber müßte der erhoffte Gewinn entgehen, da die Zentralstelle für den Vertrieb des importirten Getreides eine abnorme Preissteigerung sofort durch vermehrte Angebote beantworten würde. Zum Überfluß könnte den Agenten ein- für allemal die Instruktion erteilt werden, unter sonst gleichen Bedingungen den Konsumenten (bez. Müller, Bäcker) als Käufer dem Händler vorzuziehen.

Was die Regulirung der Brottaxe anlangt, so müßten durch Anhörung solider Geschäftsleute aus dem Müller- und Bäckergererbe zunächst das normale Verhältnis zwischen Brot- und Getreidepreisen einigermaßen festgestellt werden. Denn es handelt sich keineswegs um Schmälerung des redlichen Verdienstes dieser beiden Gererbe, sondern um thunlichste Verdrängung der zahllosen müßigen Hände, die sich unter den gegenwärtigen Verhältnissen durch den Zwischenhandel bereichern. Auf Grund solcher Aufstellung, welche je nach gewissen Zeiträumen zu erneuern wäre, könnte eine Tabelle angefertigt werden, nach welcher die mit der Regulirung der Brottaxe betrauten Behörden zu verfahren haben würden. Die Notirungen der Getreidepreise für die betreffenden Bezirke würden den Behörden durch die Agenten der Monopolverwaltung geliefert werden.

Aus dem Gesagten wird zur Genüge ersichtlich sein, daß es keineswegs der Zweck des Monopols sein würde, die deutschen Getreideproduzenten auf Kosten der Konsumenten zu bereichern. Was die Landwirtschaft verlangt und verlangen kann, ist nicht glänzender Verdienst, sondern lediglich der Schutz vor völligem Ruin. Und dieser Schutz wird ihr wohl durch das Monopol werden können.

Zum Schluß mag es nicht unerwähnt bleiben, daß mit den staatlichen Maßregeln, welche die Landwirtschaft heben sollen, auch die eigne verbessernde Thätigkeit der deutschen Landwirte Hand in Hand gehen muß.*) Es liegt da

*) Namentlich muß — neben der Steigerung der Produktionsfähigkeit — auch die Verringerung der Produktionskosten als Ziel ins Auge gefaßt werden. Die bekannten und erfolgreichen Versuche des preußischen Gutsbesizers Schulz-Dupitz auf diesem Gebiete sind sehr bemerkenswert. Aber wenn auch Herr Schulz sich in der Lage sieht, sein Getreide wesent-

noch manches im Argen. Aber der richtige Unternehmungsgeist, die nötige Schaffensfreudigkeit kann sich nicht einstellen, solange die schlechten Preise der landwirtschaftlichen Produkte jeglichen Erfolg vereiteln.

Wie manchen Bauern kann man sagen hören: „Ich habe alles versucht, was die wissenschaftlichen Lehrer der Landwirtschaft angeraten haben; ich habe dies und habe jenes gethan, und meine Wirtschaft wird weit und breit als eine Musterwirtschaft gepriesen. Aber der Erlös aus meinen Produkten hat meinen Aufwand nicht gedeckt, und ich bin ein armer Mann geworden!“



Macchiavelli.

1.



unter den Namen und Wörtern, die in politischer Rede, von der Tribüne und in der Presse häufig gebraucht werden, ohne daß man sich an ihrer Quelle klar gemacht hätte, was sie von Rechts wegen bezeichnen sollten, nehmen der Name Macchiavelli und das Wort macchiavellistisch eine hervorragende Stelle ein. Man folgt dem Herkommen, ohne zu fragen, warum, obwohl man sich längst schon belehrt haben könnte, daß man damit dem Träger des Namens Unrecht thut und die Sache, um die sichs handelt, falsch charakterisirt. Nach dem sprachlichen Herkommen wäre Macchiavelli die Verkörperung der Politik ohne Gewissen, der Anwalt eines ebenso gewaltthätigen als tückischen und verlogenen Despotismus, der Urheber einer diplomatischen Afterkunst gewesen, die nur das persönliche Interesse des betreffenden Fürsten im Auge hätte, gewohnheitsmäßig und unter allen Umständen die krummen Wege den geraden, die Täuschung ehrlichem Verfahren vorzöge und Gott sei Dank! — hier folgt ein erleichternder Seufzer — in unserm erleuchteten und moralischen Jahrhundert alle Geltung verloren hätte

lich billiger zu produziren als früher, und wenn ähnliche Versuche sich allenthalben bewähren — was doch gewiß nicht mit Bestimmtheit behauptet werden kann —, so werden dennoch staatliche Maßregeln nötig sein, weil es leider eine Thatsache ist, daß die amerikanische Konkurrenz auch dann noch wird bestehen können, wenn unsre Getreidepreise noch um ein bedeutendes sinken. Besagt doch eine Berechnung aus amerikanischer Feder (D. Landw. Presse, Jahrg. 1882, Nr. 27), daß amerikanischer Weizen in stets wachsender Quantität um den Preis von 34 Schillingen für den Quarter in Europa gelandet werden könne, und daß durch Verringerung der Transportkosten für die Zukunft ein noch weiteres Sinken des Minimalpreises in Aussicht stehe.